



KANTONSRATS PROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

9. September 2019
Josef Wyss

M 705 Motion Wimmer-Lötscher Marianne und Mit. über Optimierung der Prämienverbilligung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung als Postulat.
Marianne Wimmer-Lötscher ist damit einverstanden.

Marianne Wimmer-Lötscher: Die Krankenkassenprämien belasten die Luzerner Bevölkerung nach wie vor stark, im Besonderen Familien und Einzelpersonen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen. Die SP hat mit ihrer Motion eine optimiertere, fairere Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel gefordert. Während Personen aus wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen angemessener entlastet werden sollen, soll im Gegenzug die Anspruchsberechtigung für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung von vermögensstarken Haushalten, die aufgrund steuerlicher Abzüge in den Genuss kommen, beschränkt werden. Weiter soll die Ungleichbehandlung von verheirateten und im Konkubinat lebenden Paaren angegangen werden. Dank dem durch die SP erwirkten Bundesgerichtsentscheid haben wieder mehr Menschen Anspruch auf Prämienverbilligung. Mit Genugtuung darf festgestellt werden, dass der Regierungsrat die Forderungen der Motion anerkennt. Den Aufwand der Einzelfallanalysen beurteilt der Regierungsrat als etwa gleich gross wie die Einsparungen. Die SP findet, dass das kein Grund ist, einen stossenden Fehlanreiz bei Kindern mit eigenem Wohnsitz nicht anzugehen. Vergleichsweise wird bei den Stipendien über die Register geprüft, ob ein Ausbildungszuschlag bezogen wird, und dabei werden die Steuerangaben der Eltern automatisch beigezogen und somit der Anspruch korrekt berechnet. Ein stossender Fehlanreiz könnte auf diesem Weg kostenneutral beseitigt werden. Betreffend Ungleichbehandlung von verheirateten und Konkubinatspaaren räumt der Regierungsrat ein, im Rahmen des nächsten Wirkungsberichts zur Existenzsicherung die spezifische Situation vertieft zu analysieren und zu diskutieren. Die SP ist überzeugt, dass die Regierung die Optimierung der Prämienverbilligung im Sinn der Motion im Gegenvorschlag zur Volksinitiative aufnimmt und folgt daher dem Antrag des Regierungsrates, die Motion als Postulat erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt die Motion mit 104 zu 5 Stimmen als Postulat erheblich.